

Niederschrift
über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 05.06.2013

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Brinkmann

Herr Krumhöfner

Herr Rüsing

anwesend bis 18.00 Uhr

SPD

Herr Nockemann

Herr Suchla

Frau Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hellweg

FDP

Herr Spalek

Die Linke

Herr Ridder-Wilkens

Beratende Mitglieder

Herr Akinci

Frau Eberlein

Herr Kläs

Frau Puffer

Frau Rammert

Frau Scigala

Herr Stiegmann

Herr Epp

Frau Häckel

Frau Krause

Frau Stillger

Herr Wendt

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Herr Adams

Herr Bauer

Frau Hirsch

Herr Lemhoefer

Herr Potschies

Frau Voigt

Verwaltung

Erster Beigeordneter Herr Kähler
Herr Dr. Stölner
Herr Döding
Herr Flachmann

Dezernat 5
Büro Oberbürgermeister
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
(Schriftführer)

Gäste

Frau Berendes

Frau Lausch
Herr Beuys
Herr Dubbert
Frau Hörmann

Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche
Aufgaben
Verein Spielen mit Kindern e.V.
Universität Bielefeld
Universität Bielefeld
Stadtsporbund

Öffentliche Sitzung:

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 41. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.05.2013

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.05.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Bewilligung der Landesmittel für Betreuungsplätze

Herr Epp teilt mit, dass das Land für das Kinderjahr 2013/2014 alle beantragten Platzkontingente bewilligt habe und Landesmittel in Höhe von 46,9 Mio. € für das kommende Kindergartenjahr zugesagt habe.

Auf Nachfrage von Vorsitzender Frau Weißenfeld nach einem von der Verwaltung vorgenommenen Abgleich der KiTas teilt Herr Wendt mit, dass nach einer aktuellen Abfrage zurzeit stadtweit für 63 Kinder Betreuungsplätze (überwiegend Ü3) gesucht werden.

Herr Kläs hat festgestellt, dass durchaus genügend U3-Plätze vorhanden seien, jedoch zu wenig für ältere Kinder.

Herr Wendt erläutert, dass die Verwaltung bemüht sei, alle Kinder ortsnah und zumutbar zu versorgen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld benennt die inzwischen vorliegenden Stellungnahmen zu den geplanten Kürzungen im Leistungsvertragsbereich:

- AWO Bezirksverband vom 10.05.2013
- Arbeitskreis Frauen und Psychiatrie vom 28.05.2013
- Diakonie für Bielefeld vom 24.05.2013
- AWO Kreisverband vom 17.05.2013
- Lutherschule vom 17.05.2013
- Sportfreunde Sennestadt vom 26.05.2013

Zu Punkt 2.2 Schreiben der Schulleitung Lutherschule und des Vorstandes der AWO Bielefeld

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die mit der Einladung versandten Schreiben der Lutherschule sowie der AWO Bielefeld.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Schreiben der Sportfreunde Sennestadt e.V.

Zu dem Schreiben der Sportfreunde Sennestadt verliest Herr Epp folgende Stellungnahme der Verwaltung:

1. In der interfraktionellen AG zur Weiterentwicklung der Leistungsverträge war folgendes Verfahren verabredet: Die Vorschläge der Verwaltung gingen zuerst an die Trägervertreter (AGW, BJR), die jeden Vorschlag mit einer Stellungnahme versehen haben. Beides gemeinsam ging dann an die Politik. Der Vorschlag zu Stelleneinsparungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist am 16.01.2013 mit einer Stellungnahme der Träger an die Politik gegangen. Darin stand auch eine dezidierte Stellungnahme zum Luna. Ebenso hat es bereits Presseberichte zu diesen Vorschlägen gegeben. Insofern kann die Verwaltung nicht nachvollziehen, dass der Vorsitzende der Sportfreunde Sennestadt behauptet, erst jetzt aus der Presse von den Vorschlägen erfahren zu haben.
2. Im Schreiben wird korrekt auf die Bestimmungen des § 15 des 3. AG KJHG verwiesen, wonach die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe dafür Sorge zu tragen haben, dass die erforderlichen Haushaltsmittel bereitgestellt werden, jedoch im Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit.

Aus dem Förderplan selbst kann kein Rechtsanspruch auf eine bestimmte Förderung hergeleitet werden. Hierfür bedarf es vielmehr einer konkreten Förderentscheidung. Diese kann entsprechend der zeitlichen Gültigkeit des jeweiligen HH-Plans eher kurzfristig oder -wie in Bielefeld praktiziert- durch den Abschluss von mehrjährigen Förderverträgen (Leistungsverträgen) eher langfristig erfolgen.

Die Förderentscheidung steht jeweils unter dem Vorbehalt der finanziellen Leistungsfähigkeit. Da die Bielefelder Leistungsverträge ausdrücklich unter einem konkreten Haushaltvorbehalt abgeschlossen wurden, entfalten sie über die Leistungsvertragsperiode hinaus keine Bindungswirkung. Bei der sich anschließenden neuen Förderentscheidung sind neben der Förderplanung eben auch veränderte HH-Rahmenbedingungen zu berücksichtigen.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Anfrage der AG Wohlfahrtsverbände Bielefeld

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die schriftlich vorliegende Anfrage der AGW.

Zu Punkt 3.1.1 Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die schriftlich vorliegende Beantwortung der Anfrage.

Zu Punkt 3.2 Anfrage des Bielefelder Jugendring e.V.

Eine Antwort auf die Anfrage liegt noch nicht vor. Die Beantwortung erfolgt voraussichtlich in der Sitzung am 03.07.2013.

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Antrag der Ratsfraktion Die Linke zum Bunker Ulmenwall

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5768/2009-2014

Herr Ridder-Wilkens begründet nochmals den Antrag, der in der vorangegangenen Sitzung vertagt wurde und über den in heutiger Sitzung abgestimmt werden soll.

Er beantragt, dem Mehrheitsbeschluss der Bezirksvertretung Mitte vom 04.03.2013 zu folgen und keine Stellen- bzw. Mittelkürzungen beim Bunker Ulmenwall vorzunehmen.

In Anbetracht der Tatsache, dass über die Leistungsverträge heute noch keine Abstimmung herbeigeführt werde, bittet Frau Brinkmann darum, die Entscheidung über diesen Antrag nochmals zu vertagen und im Gesamtpaket mit den anderen Leistungsverträgen zur Abstimmung zu stellen. Andernfalls werde sich die CDU-Fraktion der Stimme enthalten.

Vorsitzende Frau Weißenfeld schließt sich den Ausführungen von Frau Brinkmann an und bittet darum, die Abstimmung über den Antrag

zurückzustellen.

Nachdem Herr Ridder-Wilkens einer erneuten Vertagung nicht zustimmt, stellt Vorsitzende Frau Weißenfeld den Antrag zur Abstimmung:

dafür	1 Stimme
dagegen	3 Stimmen
Enthaltungen	9 Stimmen
-somit abgelehnt-	

-.-.-

**Zu Punkt 4.2 Leistungsverträge ab 2014
(Antrag der SPD-, Bündnis 90/Die Grünen- und FDP-Fraktion)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5754/2009-2014

Herr Suchla begründet den Antrag. Er führt aus, dass mit diesem Antrag die Voraussetzungen dafür geschaffen werden sollen, die Leistungsverträge ab 2014 für weitere 3 Jahre zu verlängern. Damit solle den Forderungen der Träger nachgekommen werden, die Leistungsverträge auskömmlicher zu gestalten. Der Antrag versuche zu berücksichtigen, dass keine Einrichtungen geschlossen werden müssen und keine Angebote wegfallen.

Frau Hellweg betont, dass mit diesem Antrag keine Geringschätzung der geleisteten Arbeit in den Einrichtungen verbunden sei. Vielmehr sei dies eine notwendige fiskalische Entscheidung. Eine Wertschätzung der geleisteten Arbeit solle dadurch erfolgen, dass eine gewisse Summe in die Leistungsverträge hineingegeben wird, um eine tarifgerechte Entlohnung zu ermöglichen.

Bei der Erarbeitung der Kürzungsvorschläge habe es eine enge Zusammenarbeit mit der Verwaltung und den Trägern gegeben.

Frau Häckel, Herr Adams und Herr Potschies lehnen den Antrag aus Sicht der freien Träger ab.

Bei den freien Trägern werde gekürzt, während bei dem öffentlichen Träger Doppelstrukturen eingeführt und zusätzliche Stellen geschaffen würden.

Es gehe bei diesem Antrag nicht um Entscheidungen aufgrund geringerer Bedarfe bei den Zielgruppen, sondern um eine rein rechnerische Herangehensweise. Die Bedarfe seien nach wie vor gegeben. Für einen Fachausschuss fehle es an der nötigen Fachlichkeit. Die Folgewirkungen seien bei diesen Kürzungsvorschlägen nicht bedacht worden.

Während der Laufzeit der jetzigen Leistungsverträge hätten die Wohlfahrtsverbände bereits 1,4 Mio. € für die Personalkostensteigerungen selbst erbracht. Es sei unvermeidlich, dass entgegen der Aussage der Ampel-Koalition Angebote wegfallen würden. Die Verwaltung wird um eine Einschätzung gebeten, wie sie die

Kürzungsvorschläge bewertet.

In der nächsten Sitzung sollten die Kürzungsvorschläge einzeln diskutiert werden, um eine bessere Transparenz herzustellen.

Herr Adams verweist auf Nr. 6 des Beschlussvorschlages. Es sei falsch, dass die GfS die Mittel nicht abgerufen habe. Er bittet dies zu korrigieren.

Herr Ridder-Wilkens lehnt die Kürzungsvorschläge ab. Dies sei der falsche Weg zur Haushaltskonsolidierung. Unmittelbar wären die Träger der freien Jugendhilfe betroffen, die ihre Leistungen einschränken müssten. Mittelbar betreffe es die Menschen in Krisensituationen, die auf die Hilfeangebote angewiesen seien.

Frau Brinkmann kündigt für die CDU-Fraktion an, dass diese sich in der nächsten Sitzung zu dem Antrag verhalten werde. Sie bittet in der nächsten Sitzung darzulegen, nach welchen Kriterien die Kürzungsliste erstellt wurde.

Frau Hellweg hebt hervor, dass auch ein Fachausschuss fiskalische Überlegungen anzustellen habe. Es habe gemeinsame Beratungen und eine gegenseitige Information mit den freien Trägern, der Politik und der Verwaltung für die Formulierung von Prüfaufträgen gegeben. Mit jedem Vertreter von Trägern, die von Kürzungen betroffen sind, seien Gespräche geführt worden. Insofern sei bereits eine große Transparenz vorhanden.

Vorsitzende Frau Weißenfeld zitiert aus dem Gesetz, wonach die öffentlichen Träger dafür Sorge zu tragen haben, dass die erforderlichen Haushaltsmittel bereit gestellt werden, jedoch im Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit.

Die Argumente gegen die Kürzungen seien fachlich sehr ernsthaft geprüft worden, allerdings unter Berücksichtigung der derzeitigen Haushaltssituation.

Beigeordneter Herr Kähler weist den Vorwurf der Einführung von Doppelstrukturen zurück.

Darüber hinaus macht er deutlich, dass sich an der Fachauffassung der Verwaltung nichts geändert habe.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 5

Bericht zur Entwicklung des Bundesfreiwilligendienstes

Frau Berendes stellt die Unterschiede zwischen dem ehemaligen Zivildienst und dem jetzigen Bundesfreiwilligendienst heraus. Sie erläutert die aktuellen Voraussetzungen und macht deutlich, dass der Bundesfreiwilligendienst den Zivildienst nicht ersetzen könne.

Aufgrund beschränkter finanzieller Mittel könnten Plätze nicht in ausreichender Anzahl geschaffen werden. So gebe es mehr Bewerber als Einsatzmöglichkeiten.

In Bielefeld seien zurzeit insgesamt 223 Personen im Einsatz, 115 Frauen und 108 Männer. Davon seien 183 Personen unter 27 Jahre und 40 Personen über 27 Jahre alt.

Frau Lausch berichtet aus der praktischen Arbeit mit den sog. Bufdis. Sie sieht eine Entwicklung dahingehend, dass die Bufdis zunehmend in die Bereiche Betreuung und Pflege wechseln.

Herr Lemhoefer bestätigt aus Sicht des Sportverbandes und der Sportjugend diesen Trend. Er sieht eine positive Entwicklung in Form einer erhöhten Nachfrage nach pädagogischen Tätigkeiten anstatt nach technischen, organisatorischen Aufgaben. Er appelliert an die Politik, das Budget und damit die Platzzahlen zu erhöhen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bedankt sich im Namen des JHA bei Frau Berendes und bei Frau Lausch für die Erläuterungen.

-.-.-

Zu Punkt 6

Sports4Kids

Herr Dr. Stölner, Frau Hörmann, Herr Beuys sowie Herr Dubbert informieren ausführlich über das Projekt Sports4Kids.

Frau Eberlein und Frau Stillger weisen auf die Belastungen der Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertageseinrichtungen hin. Mit jedem neuen Projekt und mit jeder Umsetzung einer guten Idee kämen zusätzliche Aufgaben hinzu. Irgendwann seien die Ressourcen in den KiTas erschöpft. Dies könne auch ein Grund dafür sein, dass sich einige KiTas nicht an dem Projekt beteiligen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld hinterfragt das Alter der bedachten Kinder im Zusammenhang mit den -möglichen- Angeboten der Sportvereine und bedankt sich im Namen des JHA bei den Vortragenden.

-.-.-

Zu Punkt 7

Projekt KI>>GS - Übergang KiTa - Grundschule Nachbewilligung von Haushaltsmitteln

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5696/2009-2014

Herr Epp erläutert den Hintergrund für die Vorlage.

Auf Nachfrage von Frau Hellweg zu den Erkenntnissen dieses Projektes in Bayern schlägt Vorsitzende Frau Weißenfeld vor, dafür ggfls. einen eigenen Tagesordnungspunkt vorzusehen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

1. Dem überplanmäßigen Aufwand bzw. der überplanmäßigen Auszahlung für das Projekt KI>>GS auf der Kostenstelle 510500 „Tageseinrichtungen für Kinder“, Sachkonto 52350060 „Erstattungen an Sondervermögen“ in Höhe von 100.000,00 Euro wird zugestimmt.
2. Die Deckung erfolgt aus noch nicht verwendeten Mitteln der Bildungspauschale, Sachkonto 41410012, in der Produktgruppe 11.16.01 „Allgemeine Finanzwirtschaft“.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Leistungen für Bildung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche - Aktueller Sachstand zur Inanspruchnahme – Betrachtung des Jahres 2012

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5572/2009-2014

Herr Döding steht für Nachfragen zur Verfügung.

Frau Eberlein richtet die Frage an Herrn Döding, weshalb die Gruppe der unter 3-jährigen keine besondere Bedeutung einnimmt.

Herr Döding erklärt dies mit rein statistischen Gründen. Für die statistische Betrachtung sei ein Altersfenster von 3-18 Jahren gewählt worden.

Beigeordneter Herr Kähler kündigt an, die Statistik für die 0-3-jährigen nachzureichen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Epp kündigt für die Sitzung am 03.07.2013 eine Beschlussvorlage zur Übernahme der Trägerschaft für eine neue KiTa am Hof Hallau an, sofern die Bezirksvertretung Dornberg am 06.06.2013 einen entsprechenden Beschluss fasse.

-.-.-

Bielefeld, den 05.06.2013

gez. Weissenfeld
(Vorsitzende)

gez. Flachmann
(Schriftführer)